

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 7-8

Artikel: Parteiinterne Bildung tut not
Autor: R.H.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347716>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parteiinterne Bildung tut not

Die vom Parteivorstand vor einem Jahr eingesetzte Ad-hoc-Kommission für ein Bildungskonzept in der SP Schweiz (Präsident: Stefan Portmann, Solothurn) hat im März der Geschäftsleitung und dem Parteivorstand der SP Schweiz ein 50seitiges Konzept mit Handlungsvorschlägen übergeben. Der nachfolgende, leicht gekürzte Text entstammt der Einleitung zu diesem Bildungskonzept. Er stellt die Frage nach den grundsätzlichen Prioritäten der Arbeit in der Partei. Die Thesen und Anträge werden sicher im Parteivorstand und wahrscheinlich auch am Parteitag 1980 noch einiges zu reden geben.

R. H. S.

Zur Situation der SP und der SP-Bildungsarbeit

Jedermann in der Partei spricht von der Notwendigkeit der parteiinternen Bildungsarbeit. Aber trotzdem wird sie vor lauter Vordringlichem immer wieder zurückgestellt. Die kurzfristige politische Tagesarbeit verdrängt das Wichtige zusehends.

Unsere Partei ist auf allen Ebenen ausserordentlich stark absorbiert im Staatswesen: Tausende von Genossinnen und Genossen sind auf Gemeindeebene in Kommissionen, Ausschüssen und Exekutiven. Hunderte leisten auf kantonaler und eidgenössischer Ebene in Behörden und Gremien harte politische Arbeit. Die Parteimitglieder an der sogenannten «Basis», in den Sektionen, investieren den hauptsächlichsten Teil ihrer politischen Aktivität in den Kampagnen für Abstimmungs- und Wahlkämpfe, also für die staatlichen Aktivitäten im weitesten Sinne. Aus vielen Sektionen wird geradezu ein «Personalnotstand» gemeldet; es sind nicht mehr genügend Genossinnen und Genossen für alle die Ämter, Behörden Kommissionen und parteiinternen Propagandaaktionen verfügbar.

Die Beteiligung von uns Sozialdemokraten in den staatlichen Strukturen auf allen Ebenen ist an sich erfreulich, denn die Mitwirkung im Staatswesen war immer eine politische Zielsetzung der Sozialdemokratie. «Propagierung des Sozialismus durch die aufbauende Tat», hiess eine Handlungsmaxime am denkwürdigen SPS-Parteitag von 1929.

Andererseits müssen wir nach 50jährigem Kampf auch auf die Resultate dieser zusehends auf staatliche Aktivitäten – Behördeneinsatz, Wahlen, Abstimmungen – ausgerichteten Politik blicken: Durch die thematische Zersplitterung haben wir in unserer Arbeit politische und ideelle Schwerpunkte verloren. Durch unser Engagement in allen staatlichen Aktivitäten sind wir völlig in der Tagespolitik aufgesogen worden. Durch die parlamentarischen Aktivitäten ist unsere Bewegung in ein parteipolitisches Patt gelegt, das uns immer schwerer macht, unsere Anliegen im Volk noch glaubwürdig zu machen. Wir befassen uns mit allem und jedem, mit jedem Abstimmungskrimskrams, am wenigsten aber mit unserer eigenen Partei und ihrem internen Aufbau.

Stagnation durch Tagespolitik

Durch diese Art politischer Arbeit in den letzten Jahrzehnten ist die sozialdemokratische Bewegung nicht stärker geworden – im Gegenteil. Seit Jahrzehnten schon stagniert die Zahl der Parteimitglieder bei 50 000 bis 60 000. Heute ist die Partei stark überaltert. Trotz der grossen Eintrittswelle neuer Mitglieder in den siebziger Jahren ist die Gesamtzahl der Mitglieder von 1966 bis 1978 von 57 000 auf unter 54 000 gesunken. Die Zahl der Altersrentner in der Partei ist von 5000 auf 10 000 gestiegen. In diesen zwölf Jahren ist die Zahl der vollzahlenden erwerbstätigen Mitglieder (rote Beitragsmarken) sogar um 11 000 auf 36 000 zurückgegangen, also um fast 1000 voll erwerbstätige Mitglieder jährlich (dabei hielten sich die Parteiaustritte in minimem Rahmen)!

Obschon keine gesamtschweizerische Mitgliederkartei besteht, die die Erfassung der Altersstruktur ermöglichte, müssen wir annehmen, dass die Hälfte aller eingeschriebenen SPS-Mitglieder wahrscheinlich über 55jährig, sicher aber über 50jährig ist. Die Alterspyramide der Parteimitglieder präsentiert sich heute ähnlich wie die Form einer Sanduhr: eine grosse Ausbuchtung über 50 Jahre und eine kleinere Ausbuchtung unter 35 Jahre. Wenn die heutige Mitgliederzahl nur gehalten werden soll, müssen in den achtziger Jahren jährlich 2000 bis 3000 neue Mitglieder in die SP eintreten, um die altersbedingten Abgänge zu kompensieren. Würden ab jetzt keine neuen Mitglieder hinzukommen, würde sich die Partei bis in die neunziger Jahre hinein zahlenmässig halbieren. Schon nur diese Entwicklung allein lässt es erforderlich erscheinen, dass sich die Partei vermehrt auch um die interne Stärkung und ihren Aufbau kümmern muss.

Neben der Entwicklung der Mitgliederzahl erleben wir auch eine Stagnation in der Wählerschaft: Im eidgenössischen Parlament stagniert die Mitgliederzahl der Sozialdemokraten seit den zwanziger Jahren bei rund 50 ± 5 Nationalräten (das seitherige Aufholen im Ständerat von null auf sieben von insgesamt 46 Sitzen belässt dort die SP natürlich immer noch in einer schwachen Minderheitsposition). Beängstigender als diese statistisch sichtbare Stagnation der Wählerprozentage ist das Abbröckeln der traditionellen Wählerbasis der SP durch die Stimmbastinenz bei den Arbeitern. Drei von vier Arbeitern gehen regelmässig nicht mehr zur Urne (Untersuchung Neidhardt/Hoby). Die Entpolitisierung der Arbeiter hat ihr Korrelat in der unseres Erachtens gefährlichen Entpolitisierung einzelner Gewerkschaften. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich das grösste Problem für die Arbeiterbewegung darstellen.

Bewusstseinsbildung ausserhalb der Parteien

Die eigentliche Mobilisierung, das heisst die kritische politische Bewusstseinsbildung, geschieht heute fast völlig ausserhalb der traditionellen Parteien, auch ausserhalb der SP und der Organisationen der Arbeiterbewegung. Die vielen jüngeren Linken, die in den siebziger Jahren in die

Partei eingetreten sind, sind ausserhalb der Partei politisch sensibilisiert worden: in der 68er Bewegung, an Dritte-Welt-Fragen, in Lehrlings- und Schülergruppen, in der Frauenbewegung, neuerdings in Bürgerinitiativen usw. Gemeinsam an diesen Mobilisierungsbewegungen ist, dass für sie Politik immer themenzentriert angegangen wird. Ein persönliches Engagement wird so eher möglich, die gemeinsame politische Erfahrung wirkt viel intensiver, hautnaher, sensibilisierender auf die Beteiligten. Möglicherweise ist eine Partei gar nicht in der Lage, ein solches Arbeitsklima überhaupt anzubieten. Es ist aber für das Überleben und die Stärkung der Sozialdemokratie in Zukunft von entscheidender Bedeutung, ob es ihr gelingt, wenigstens in enger Verbindung mit diesen ausserparlamentarischen Mobilisierungsbewegungen zu bleiben und die politische Thematik aus der Alternativszene jeweils möglichst rasch aufzunehmen.

Werfen wir noch einen Blick auf die gegenwärtigen internen Mobilisierungsstrukturen in der Partei. Früher gab es in jeder Sektion Vertrauensleute. Mit dem «Vertrauensmann» wurden sie in einer speziellen Broschüre nicht nur organisatorisch beraten, sondern mit politisch-ideologischen Argumentationshilfen beliefert.

Die Rolle der Vertrauensleute wird heute in manchen Sektionen nicht mehr ausgeübt. Wo sie noch bestehen, werden sie von den Sekretariaten auf schweizerischer oder kantonaler Ebene meist nicht speziell betreut.

Von den 1200 SP-Sektionen in der Schweiz sind gegenüber der SP Schweiz nur etwa ein Drittel aktiv, das heisst senden Delegierte an SPS-Parteitage, beteiligen sich an schweizerischen Unterschriftensammlungen, antworten auf Umfragen usw. (Bei der Banken- und Ferieninitiative konnte dieser Anteil möglicherweise durch Dezentralisation der Unterschriftensammlung, durch intensive Publizität und Bildungsveranstaltungen etwas erhöht werden.) Das bedeutet nicht, dass die restlichen zwei Drittel aller Sektionen inaktiv wären, aber sie sind offenbar von den lokalpolitischen Problemen voll absorbiert und für gesamtschweizerische Belange überfordert. Die SP als Ganzes ist faktisch – entgegen landläufigen Vorstellungen – eine extrem föderalistische Partei, die auf Impulse der «Zentrale» (SPS und Schweizerische Parteitage) nur sehr zögernd und beschränkt reagiert.

Werfen wir nach dieser kurzen Situationsanalyse nun einen Blick auf die frühere Entwicklung der *Bildungsarbeit in der Arbeiterbewegung*.

SP-Bildungsarbeit in früheren Zeiten

Bereits in der frühsozialistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts (in der Schweiz unter anderem vertreten durch den 1838 gegründeten Grütliverein) wurde die Bedeutung der Bildungsarbeit für die Veränderung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erkannt. Im Anschluss an den liberalradikalen Bildungsoptimismus erklang der Slogan: Durch Bildung zur Freiheit.

Mit dem Aufbau lokaler, regionaler und nationaler Organisationen der Partei und der Gewerkschaften um 1900 wurde eine Koordination der Bildungsarbeit auf gesamtschweizerischer Ebene möglich. 1912 wurde der erste Schweizerische Arbeiterbildungsausschuss (ABA) geschaffen, der sich paritätisch aus Delegierten des SGB und der SPS zusammensetzte. Wie wichtig man von beiden Seiten her die Sache nahm, zeigt auch die personelle Zusammensetzung dieses Ausschusses: Vom SGB wurden H. Greulich, M. Walter, A. Huggler, M. Fallet und A. Graber delegiert, von der SPS R. Grimm, P. Pflüger, E. Nobs, M. Mandel und O. Lang. Die Arbeiterbildung erlebte in der Folge einen erfreulichen Aufschwung: Wenn es 1913 lediglich zwölf Arbeiterbildungsausschüsse gab, so waren es 1921 über 100! Die Zeit der grossen sozialen Spannungen und des grossen Aufschwungs der Sozialdemokratie gegen Ende und nach dem Ersten Weltkrieg war auch die Zeit der grossen Bildungsarbeit. Der kantonale Bildungsausschuss Bern beispielsweise organisierte 1918 nicht weniger als 72 Vorträge, wovon immerhin elf der Marxschen Theorie gewidmet waren. Die wirtschaftspolitische Thematik überwog in den nächsten Jahren deutlich. In der Schweiz waren 1922 rund 47 Prozent aller Veranstaltungen der ABAs auf Wirtschaftsprobleme ausgerichtet (zum Vergleich 1961: 5,5 Prozent).

Nach 1918 wurde das Sekretariat des ABA von der SPS betreut (E. Reinhard und A. Graber). 1922 entstand die «Schweizerische Arbeiterbildungszentrale» (SABZ), die durch einen Ausschuss, bestehend aus acht SGB- und fünf SPS-Delegierten, geleitet wurde. Seit 1929 wurde das Sekretariat durch den SGB gestellt. Die nationale Integration in der Nazizeit und der Zweite Weltkrieg liessen die Bemühungen der SPS um die politische Bildung offensichtlich erschlaffen. Auch die Zeit des Kalten Krieges war ihr nicht günstig, zeigt doch die Statistik der SABZ zwischen 1951 und 1961 einen deutlichen Rückgang der Veranstaltungs- und Besucherzahlen. Die SABZ wurde in den letzten Jahren fast ausschliesslich vom SGB gestützt und geführt.

Es lässt sich deutlich erkennen, dass der Niedergang der parteiinternen Bildungsarbeit auf schweizerischer und lokaler Ebene mit dem Verlust an Mobilisierungskraft der sozialdemokratischen Bewegung einherging. Parteiinterne Bildungsarbeit und Schulung waren nicht etwa die Ursache, aber ein wichtiges Instrument der internen Stärkung der Partei bis zum Zweiten Weltkrieg. Beträchtlicher finanzieller und zeitlicher Aufwand und die prominentesten Parteisekretäre und Politiker wurden für diese Aufgabe eingesetzt.

An sich ist die interne Bildungsarbeit statutarisch verankert und in einem «Reglement für den Schulungs- und Bildungsfonds» festgelegt. Danach wurden jährlich 15 000 Franken für die Bildungsarbeit buchhalterisch ausgeschieden. Weil niemand auf SPS-Ebene mehr systematisch die interne Bildungsarbeit an die Hand genommen hat, wurden selbst diese

Mittel in den sechziger und siebziger Jahren nicht eingesetzt. So wurden bis heute 129 000 Franken auf diese Weise im Bildungsfonds buchmässig geüfnet. Als Vermögen sind die Mittel allerdings nicht vorhanden, weil sie laufend für die Tagesarbeit eingesetzt worden sind.

Warum Bildungsarbeit in der Partei?

Wir möchten mit drei konkreten Beispielen zeigen, wie wichtig das Bildungswesen in der Partei wieder werden könnte.

Beispiel 1

1976 verabschiedete der Parteitag fortschrittliche Bildungsthesen der SPS. Das Konzept für die Bildungspolitik wurde in Pädagogenkreisen inner- und ausserhalb der SP als sehr fortschrittlich, nützlich und interessant beurteilt. Mit der Publikation der Thesen nach dem Parteitag (später zusammen mit einem 40seitigen Papier der Bildungskommission der SPS) war aber die Arbeit beendet. Die vielen hundert, vielleicht tausend SP-Mitglieder, die auf Gemeindeebene Einsitz in die Schulkommissionen und Schulpflegen haben, bleiben von diesen Thesen unberührt, abgesehen von einigen Fällen individueller Rückfragen bei Parteisekretariaten; ebenso die sozialdemokratischen Lehrer, die SPS-Schulpolitiker in den Kantonsparlamenten und in den Gemeindeexekutiven. Hier sollte nun eigentlich erst die Arbeit mit pädagogischer Vermittlung und Schulung einsetzen: Wie können SP-Mitglieder in Schulpflegen (Schulkommissionen) wissen, was sozialdemokratische Grundsätze im Schulwesen sind? Auf was sollen sie bei Schulvisitationen achten? Wie soll man Kandidaten bei der Lehrervahl beurteilen? Bei welchen Problemen in der Klasse, mit den Eltern oder Behörden soll ein progressiver Lehrer besonders unterstützt werden? Solche Fähigkeiten sollten eigentlich sämtliche Schulpflegemitglieder und Schulpolitiker zum Beispiel in kantonal organisierten Kursen erarbeiten können.

An solchen themenspezifischen Kursen sind sie nämlich auch interessiert und motiviert. Jedes neue Schulkommissions-/Schulpflegemitglied sollte wenigstens Gelegenheit (vielleicht sogar ein Aufgebot) zum Besuch eines Vorbereitungskurses für sozialdemokratische Schulkommissionsmitglieder haben. Ebenso jedes neue Mitglied in Finanz-, Planungs-, Baukommissionen usw. auf Gemeindeebene. Parteiinterne Bildungsarbeit hätte also zum Ziel und zur Folge, dass Sozialdemokraten selbstsicherer, prinzipienfester und konsequenter auftreten können.

Beispiel 2

Energiepolitik. Wir wissen, dass wir heute Energiesparinvestitionen sofort realisieren müssen (Isolation von Bauten, Wärme-Kraft-Koppelung, Heizungskontrollen usw.), sonst laufen wir in den achtziger Jahren in eine Stromrationierung hinein, die der Atomlobby das psychologische Klima

für neue Atomkraftwerke vorbereiten wird. Atomkraftwerke können momentan *legal* nur verhindert werden, wenn der Bedürfnisnachweis durch Energiesparen verhindert werden kann. Auf Bundesebene sind vorläufig gesetzliche Massnahmen wegen fehlender Verfassungsgrundlagen verhindert (die natürlich geschaffen werden müssen, aber kaum vor 1986/1988 in Kraft treten können); hingegen wäre auf Gemeindeebene einiges möglich. In einer bernischen Kleinstadt trat die Hälfte der Mitglieder einer Bürgerinitiative für die Atomschutzinitiative nach der Abstimmung im Februar 1979 in die lokale SP ein. Als erste Aktion in der Sozialdemokratischen Partei erarbeiteten sie ein lokales Energiesparprogramm für die Gemeinde, mit Isolationsvorschriften, Sonnenenergieanlagen usw. Dieser Energiesparplan wurde über die SP-Mitglieder in die politischen Behörden gebracht. Die SP machte in den Wahlen ein halbes Jahr später Fortschritte und gewann dazu – nicht direkt messbar – mehr Vertrauen und ein Image, es seien «in der SP gute, neue Köpfe» vertreten. Wie kann sich nun das in andern SP-Sektionen und Gemeinden wiederholen? Wie können sozialdemokratische Gemeinderäte, aber auch nur energiepolitisch engagierte Mitglieder an der «Basis» wissen, was man heute lokal schon in Sachen Energievorschriften auf Gemeindeebene tun kann? Welche gesetzlichen Möglichkeiten, welche Subventionen bestehen? Wie kann das grosse Wissen sozialdemokratischer Energiespezialisten multipliziert und in die Praxis umgesetzt werden? Auch eine solche Multiplikatorwirkung wäre eine wichtige Aktivität für parteiinterne Bildung.

Beispiel 3

Politische Bildungsarbeit der Berner SP-Frauen. Die SP-Frauen des Kantons Bern organisierten für weibliche SP-Mitglieder Redekurse und Staatsbürgerinnenkurse mit Schwergewicht auf der sozialdemokratischen Arbeit auf Gemeindeebene. Jeder Kurs dauerte drei Abende und wurde von Frauen mit erwachsenenbildnerischer Praxis betreut. Der Andrang war enorm. Beide Kurstypen mussten seither mehrmals wiederholt werden.

In den Gemeindewahlen 1979 wurden mehrere Absolventinnen dieser Kurse in die Gemeindelegislative gewählt und brauchen heute bereits ihre erworbenen Fähigkeiten. Die Organisation dieser Kurse war nicht reibungslos. Der Vorstand der SP-Frauen wollte die Kursleiterinnen, die für diese Arbeit Dutzende von Abenden einsetzten, mässig entschädigen. Für die Subventionierung der Kurse liessen sich bei der Kantonalpartei nur nach grosser Auseinandersetzung und in bescheidener Höhe Geldmittel locker machen. Und auf der Ebene der SPS schon gar keine.

Investition für die Zukunft

Bevor wir jetzt die Ziele parteiinterner Bildung nochmals systematischer formulieren, möchten wir vor einer Illusion warnen: Die Bildungsarbeit in der Partei muss als eine *Investition für die Zukunft* betrachtet werden.

Aber man darf, abgesehen von beschränkten baldigen Teilerfolgen, von einer reaktivierten Bildungsarbeit nicht eine kurzfristige Rettungsaktion erwarten. *Politische Bildungsarbeit in der Partei würde sich, auch wenn wir jetzt systematisch beginnen, erst nach zehn Jahren und mehr voll für die sozialdemokratische Bewegung auszahlen. Eine Entwicklung in die Stagnation, die Jahrzehnte gedauert, kann man nicht blitzartig auffangen.*

Anträge der Kommission für parteiinterne Bildung an die Geschäftsleitung und den Parteivorstand der SPS

1. Organisation des Bildungswesens

Wir beantragen die *grundsätzliche Genehmigung* der vorgeschlagenen *Organisationsstruktur* des Bildungswesens in der Partei. Diese beinhaltet im wesentlichen die Forderung, dass

- *in jeder Sektion* Bildungsbeauftragte (Vertrauensleute, Animatoren) gewählt und in entsprechende Kurse geschickt werden;
- *jede Kantonalpartei* eine kantonale innerparteiliche Bildungskonferenz ins Leben ruft, welche aus den Bildungsbeauftragten der Sektion besteht;
- *die SP Schweiz* eine schweizerische (oder nach Landesteilen geführte) Bildungskonferenz einsetzt, welche auch aus den Bildungsverantwortlichen und Sekretären der Kantonalparteien besteht.

2. Schweizerischer Bildungssekretär(in)

Wir beantragen die Schaffung (oder Umformulierung) einer Stelle eines schweizerischen Bildungssekretärs oder einer -sekretärin, der/die auf der Ebene des Zentralsekretariats das Bildungswesen koordiniert und betreut (eventuell Aufteilung des Postens auf zwei Personen, deutsch/französisch).

3. Statutenänderung

Wir beantragen eine *Ergänzung in den Statuten* der SP Schweiz, mit welcher mindestens *ein Zehntel* der Finanzmittel und Kapazitäten der Partei für die innerparteiliche Bildungsarbeit auf allen Ebenen reserviert wird.

4. Bildungsfünfliber

Wir beantragen die Erhöhung der Beitragsmarken der SP Schweiz für erwerbstätige Mitglieder um 5 Franken («*Bildungsfünfliber*») und für Nichterwerbstätige um 3 Franken, wobei diese zusätzlichen Mittel voll in das innerparteiliche Bildungswesen fließen sollen. Dazu sollen die Kantonalparteien aufgefordert werden, aus ihren Mitteln einen Beitrag fest für die Bildungsarbeit zu reservieren.

5. *Eigene zusätzliche Bildungsinstitutionen der SP Schweiz*

Es soll entschieden werden, ob für zusätzliche Dienste die SP Schweiz eine eigene Bildungsinstitution (Verein, Stiftung) gründen will und ob zu diesem Zweck der Verein für Demokratische Volksbildung (VDV) umformiert werden soll.

6. *Verhältnis zur SABZ*

Das zukünftige Verhältnis zur Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale SABZ soll entschieden werden, und zwar

- eigenständiger Aufbau des Bildungswesens der SPS, und das bedeutet faktische Lösung von der SABZ (wobei punktuelle Zusammenarbeit weitergeht, Einsitz der SABZ in schweizerischer Bildungskonferenz); oder
- verstärkte Beteiligung der SPS an der SABZ unter Einbringung eigener Mittel: Errichtung eines auch auf die Parteibedürfnisse ausgerichteten Kursprogramms in der SABZ.

7. *«Bildungsjahr»*

Vom Parteitag 1980 wird das Jahr 1982 in der ganzen Partei zum «Bildungsjahr» proklamiert. In diesem Jahr würde in allen Sektionen und Kantonalparteien das Schwergewicht auf den Aufbau eines Bildungswesens und die Mitgliederwerbung gelegt. In diesem Jahr würde auch mit der Ausbildung von Bildungsverantwortlichen in Sektionen begonnen.

Das Jahr 1981 würde zur intensiven Vorbereitung dieser Aktion dienen (vor allem Vorbereitung der kantonalen Bildungsverantwortlichen).

(Dieser Vorschlag stützt sich auf ein Modell der Parti Socialiste Français.)

Diese Anträge sind zum Zeitpunkt der Drucklegung in den Gremien der SPS noch nicht diskutiert worden. Sie liegen deshalb allein in der Verantwortung der Kommission für parteiinterne Bildung.